



Kommentar

Hannes Androsch

Zeitenwende – auch für Österreich

Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 war der vorläufige Höhepunkt von Putins kriegerischen Aktivitäten. Seit seinem Machtantritt zieht er eine Blut- und Zerstörungsspur von

„Nur Österreich glaubt immer noch, sich schlaumeierisch und trittbrettfahrend **hinter seiner Neutralität verstecken zu können.**“

Grosny über Aleppo bis Mariupol. Die 2014 mit der Annexion der Krim vollzogene gewaltsame Aneignung ukrainischen Territoriums war bereits Ausdruck von Putins imperialistischem Großmachtstreben, das nicht nur Eurasien „von Lissabon bis Wladiwostok“ (Medwedew) beherrschen, sondern auch den über Europa aufgespannten US- bzw. NATO-Sicherheitsschirm entfernen und die EU zerstören will. Die an Russland angrenzenden Länder, aber auch bisher neutralen Staaten wie Finnland und Schweden haben längst diese Gefahren russischer Expansionsbestrebungen erkannt. Nur Österreich glaubt immer noch, sich schlaumeierisch und trittbrettfahrend hinter seiner Neutralität verstecken zu können, weil uns die NATO ohnehin schützen werde.

1955 beschlossen, sollte sich unsere Neutralität am Vorbild der Schweiz orientieren, also eine dem westlichen Wertesystem

verpflichtete und vor allem „bewaffnete Neutralität“ sein. Doch 2019 musste Verteidigungsminister Starlinger feststellen, dass unser Heer nicht einsatzfähig und Österreich damit nicht verteidigungsfähig ist. Es fehlt an allem, speziell aber an der Sicherung un-

seres Luftraumes, an Luftabwehr und an hinreichendem Schutz vor Cyberattacken. Inzwischen hat unsere Abhängigkeit von russischem Gas zudem die Notwendigkeit wirtschaftlicher Landesverteidigung deutlich gemacht. An diesen Tatsachen kommen wir mit Putin-Ergebenheit bei gleichzeitig grassierendem Antiamerikanismus und EU-Austrittsbestrebungen nicht vorbei. Die Vorstellung, wir könnten uns in eine ungeschützte Biedermeierlaube oder wehrunfähige Festung zurückziehen und uns – in unsere Neutralität gehüllt – vor den Wechselfällen der Weltpolitik schützen, ist eine gefährliche Illusion. Selbst eine neue Verteidigungsdoktrin wird uns nicht helfen, wenn sie nicht mit den notwendigen Mitteln hinterlegt ist und die Tatsache berücksichtigt, dass sich Österreich durch die Unterzeichnung des EU-Vertrags von Lissabon 2007 zu der in Artikel 42 (7) formulierten uneingeschränkten Beistandspflicht verpflichtet hat. Zwar gäbe es mit der sogenannten „irischen Klausel“ eine militärische Ausstiegsmöglichkeit, diese aber hat Österreich durch die Ergänzung der Verfassung in Artikel 23 (j)

ausgeschlossen. Dort wird festgehalten, dass wir umfassend an der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der EU teilnehmen. Es wäre also höchste Zeit, die geopolitischen Gegebenheiten, die daraus erwachsenden Gefährdungen und die notwendigen sicherheitspolitischen Aufgaben zur Kenntnis zu nehmen. Schon Goethe meinte „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.



HANNES ANDROSCH
markt@vn.at

Dr. Hannes Androsch ist Finanzminister i. R. und Unternehmer.